

Stand: 30.04.2026 06:28:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1850

"NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1850 vom 07.05.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2755 des BU vom 21.05.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2924 vom 04.07.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

### **NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Bundesregierung unmissverständlich und ganz deutlich für das Einstimmigkeitsprinzip und gegen das Prinzip der qualifizierten Mehrheit in der EU-Sozialpolitik bei der EU-Kommission einsetzt.

#### **Begründung:**

Unter dem Deckmantel einer effizienteren Entscheidungsfindung in der EU-Sozialpolitik, von fairer Gesellschaft, Chancengleichheit und einer sozialer EU-Marktwirtschaft, will EU-Kommissionspräsident Juncker die in den EU-Verträgen vorgesehenen sogenannten „Überleitungsklauseln“ überprüfen lassen. Mit diesen Überleitungsklauseln kann unter bestimmten Umständen der Übergang von der Einstimmigkeit zu einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erlaubt werden.

In der Kommissionsitzung vom 17.04.2019 wurde in Betracht gezogen, schon bald diese Überleitungsklausel im Bereich der EU-Sozialpolitik anzuwenden. Die EU-Kommission will, dass in Zukunft für neue sozial- und steuerpolitische Regelungen eine qualifizierte Mehrheit bei der Beschlussfassung ausreicht. Das bedeutet einerseits eine enorme Stärkung der Macht Brüssels und andererseits eine massive Beschneidung der Souveränität in der Sozialpolitik der EU-Mitgliedstaaten.

Konkret soll es folgende sozialpolitische Bereiche betreffen, wie aus der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament hervorgeht:

- Nichtdiskriminierung (Art. 19 Abs. 1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV),
- Soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer (außer im grenzüberschreitenden Kontext) (Art. 153 Abs. 1d AEUV),
- Die Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen (Art. 153 Abs. 1f AEUV) und
- Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Gemeinschaft aufhalten (Art. 153 Abs. 1g AEUV).

Die Europäische Kommission erläutert aber auch, „dass bestimmte Aspekte dieser Politikbereiche Auswirkungen auf das finanzielle Gleichgewicht der nationalen Systeme haben können.“

Es wird also nicht nur negative finanzielle Auswirkungen auf Deutschland haben, wenn dem Vorschlag der EU-Kommission hier zugestimmt wird, sondern auch dazu führen, dass unser nationales Sozialsystem ausgehebelt wird. Eine „Sozialunion“ würde den

Untergang unserer sozialen Standards bedeuten und eine Umverteilung innerhalb der EU. Letztlich ist zu befürchten, dass es auch hier wieder um Wirtschaftsinteressen geht und zugunsten von Großkonzernen die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Standards in Deutschland verschlechtert werden.

Die Tatsache ist, dass es fundamentale Gegensätze der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten in der EU gibt und eine Gleichmacherei in der Sozial- und Steuerpolitik zwangsweise zu einem massiven Konflikt führen wird. Denn aufgrund des bevorstehenden EU-Austritts Großbritanniens werden in Zukunft die Nordstaaten nicht mehr über die nötigen Stimmanteile verfügen, um im Notfall EU-Vorhaben zu blockieren. Die in den EU-Verträgen vorgesehene Sperrminorität von 35 Prozent bei Mehrheitsentscheidungen wird somit nicht mehr einhaltbar sein und die Südstaaten könnten die Nordstaaten überstimmen.

Wir wollen keine weitere Zentralisierung durch die EU und schon gar nicht im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Nach Art. 5 Abs. 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) gilt das Subsidiaritätsprinzip, welches besagt, dass die Union nur dann tätig wird, wenn „die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können“ und das trifft vor allem auf Deutschland nicht zu. Deswegen ist der Vorschlag der EU-Kommission in diesen Bereichen das Einstimmigkeitsprinzip durch das Prinzip einer qualifizierten Mehrheit entschieden abzulehnen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Da können Sie jetzt buhen. Ich bin jetzt über zehn Jahre hier in diesem Hohen Haus, und es gab in über zehn Jahren keine einzige Situation, die es gerechtfertigt hätte, Sie mit der AfD oder einer anderen Gruppierung des rechten oder linken extremistischen Spektrums in einen Topf zu werfen. Das habe ich nie getan, und das werde ich auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Natascha Kohnen (SPD))

Es ist bedauerlich, dass Sie das als Verquickung verstanden haben und dass Sie es so verstanden haben, dass die SPD hier mit der AfD in einen Topf geworfen wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie Ihren Antrag!)

Das war nie Gegenstand dieses Antrags. Das war nie beabsichtigt. Ich denke, diese Erklärung ist klar und eindeutig. Dass zwei Sachverhalte in einem Antrag zusammengefasst sind, ist nichts Unübliches. Das passiert öfters.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist keine Distanzierung!)

Um es noch mal deutlich zu sagen: Es sind zwei voneinander getrennte Vorgänge.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie machen es noch schlimmer!)

Es war weder meine Absicht noch ist es der Inhalt meines Redebeitrags – Sie können ihn gerne noch einmal anhören, ich werde es auch tun –, Sie mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung zu bringen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Vielen Dank Herr Abgeordneter Pohl. – Gibt es Wortmeldungen zur Gegenrede? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag wird beim nächsten Plenum ohne weitere Aussprache erfolgen.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/1850 mit 18/1859 und 18/1876 mit 18/1881 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 6 (Drs. 18/305), 7 (Drs. 18/314), 8 (Drs. 18/315) und 9 (Drs. 18/342) werden vertagt.

Meine Damen und Herren, es bleibt mir nichts anderes zu tun als das, was mir Herr Kollege Swoboda unnötigerweise abnehmen wollte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, geprägt von etwas unaufgeregteren Gesprächen, gerne auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:30 Uhr)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)**  
Drs. 18/1850

**NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**  
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 21. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Tobias Gotthardt**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/1850, 18/2755

**NEIN** zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.







8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Betonflut eindämmen I:  
Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung  
Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Betonflut eindämmen II:  
Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren  
Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Betonflut eindämmen III:  
Ausfransen von Ortsrändern verhindern  
Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Betonflut eindämmen IV:  
Flächenstatistik reformieren  
Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern  
Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD  
Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten  
Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen  
Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD  
Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten  
Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!  
Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen  
Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!  
Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>





31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)  
Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket  
Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)  
NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik  
Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Für ein starkes Europa der Regionen!  
Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten  
Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>